

## Die neue russische Staatsduma

Schneider, Eberhard

Veröffentlichungsversion / Published Version

Forschungsbericht / research report

### Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Schneider, E. (2000). *Die neue russische Staatsduma*. (Aktuelle Analysen / BIOst, 12/2000). Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-44967>

### Nutzungsbedingungen:

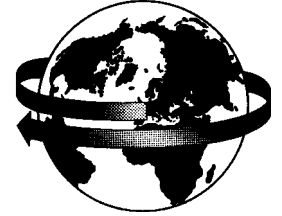
Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

### Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.



## Aktuelle Analysen

Nr. 12/2000

2. Februar 2000

### Die neue russische Staatsduma

#### **Zusammenfassung**

Die neue Staatsduma ist politisch weniger polarisiert als ihre Vorgängerin von 1995. Die Fraktionen der Kommunisten und der Nationalisten verkleinerten sich um ein Viertel bzw. zwei Drittel. Die Jelzin-kritischen Demokraten von "Jabloko" mußten eine Halbierung ihrer Fraktionsstärke hinnehmen. Den Antagonismus Präsident – Parlament der Jelzin-Zeit könnte der amtierende Präsident Wladimir Putin überwinden, so daß lange liegengebliebene Reformgesetze verabschiedet werden könnten. Doch durch die Abstimmungscoalition der neuen Kreml-Partei "Einheit" mit der KPRF hat sich Putin politisch geschadet. Fraglich ist, ob er überhaupt durchgreifende Reformen durchführen möchte.

Die konstituierende Sitzung der am 19. Dezember 1999 gewählten Staatsduma fand am 18. Januar 2000 statt. Auf dieser Sitzung wurden der Vorsitzende der Staatsduma und dessen Stellvertreter gewählt sowie die Komitees, die den Ausschüssen des Deutschen Bundestags entsprechen, und deren Vorsitzende bestimmt. Ferner hatten sich die Abgeordneten zu Fraktionen zusammenzufinden.

#### **Fraktionen**

Laut Geschäftsordnung der Staatsduma<sup>1</sup> dürfen nur diejenigen Abgeordneten eine Fraktion bilden, die über eine Liste gewählt wurden, die mindestens 5% der Stimmen<sup>2</sup> bekommen hat. Zu einer Fraktion können sich die Listenabgeordneten und die von der betreffenden Partei aufgestellten und gewählten Direktabgeordneten zusammenschließen. Es können sich zudem Direktabgeordnete einer Fraktion anschließen, die nicht von der Partei der Fraktion aufgestellt wurden. Ferner können sich Listen- und Direktabgeordnete auch einer anderen Fraktion anschließen, so daß die Stärke der Fraktion dann zahlenmäßig kleiner ist als die Addition der Zahl der Listen- und der Direktabgeordneten einer Partei, was z.B. bei der Fraktion der "Kommunistischen Partei der Russischen Föderation" (KPRF) der Fall ist. In Tabelle 1 sind die Fraktionen kursiv gesetzt und in der Reihenfolge ihrer zahlenmäßigen Stärke aufgeführt. Abgeordnete, die von einer Partei aufgestellt und gewählt wurden, die aber als Liste unter 5% blieb, bzw. Direktabgeordnete, die nicht von einer Partei aufgestellt wurden, können sich nicht zu

---

<sup>1</sup> Reglament Gosudarstvennoj Dumy Federal'nogo Sobranija – parlamenta Rossijskoj Federacii. Moskau 1994, Art. 28.

<sup>2</sup> Laut Art. 80, Abs. 3-5, des neuen Staatsdumawahlgesetzes können unter bestimmten Voraussetzungen auch diejenigen Listen an der Mandatsverteilung teilnehmen, die weniger als 5% der Stimmen bekommen haben (Federal'nyj zakon "O vyborach deputatov Gosudarstvennoj Dumy Federal'nogo Sobranija Rossijskoj Federacii", in: Rossijskaja gazeta, 1.7. 1999). Vgl. dazu: Eberhard Schneider, Das neue russische Dumawahlgesetz. Aktuelle Analysen des BIOst, Nr. 43/1999.

Fraktionen, wohl aber zu Gruppen zusammenschließen. Rechtlich gibt es zwischen Fraktionen und Gruppen keinen Unterschied.

Voraussetzung für die Bildung einer Fraktion oder Gruppe ist eine Mindestzahl von 35 Mitgliedern. Falls diese Zahl von einer Gruppe nicht erreicht wird, versucht sie, Direktabgeordnete zu gewinnen, die von keiner Partei aufgestellt wurden, bzw. Abgeordnete von einer ihr politisch nahestehenden großen Fraktion "abzuwerben". Auf der anderen Seite wird mitgeteilt, daß sich die Fraktionen der "Liberal-demokratischen Partei Rußlands" (LDPR) bzw. von "Jabloko" mit 17 bzw. 21 Abgeordneten gebildet haben<sup>3</sup>, was aber angesichts der geforderten Mindestmitgliederzahl von 35 fraglich sein dürfte, es sei denn, die neue Staatsduma ändert ihre Geschäftsordnung und verkleinert die Mindestmitgliederzahl.

Tabelle 1: Fraktionen und Gruppen der Staatsduma 1999 (Stand: 25.1.2000)

Fraktion	Listenmandate			Direktmandate			Insgesamt <sup>4</sup>			In % <sup>5</sup>		
	1999	1995	1993	1999	1995	1993	1999	1995	1993	1999	1995	1993
<i>KPRF</i>	67	99	32	46	58	13	90	149	45	20,4	33,1	10,1
<i>Einheit</i>	64	-	-	9	-	-	82	-	-	18,6	-	-
<i>VGR<sup>6</sup></i>	37	-	-	31	-	-	45	-	-	10,2	-	-
<i>URK<sup>7</sup></i>	24	-	-	5	-	-	32	-	-	7,3	-	-
<i>Jabloko</i>	16	31	20	4	16	7	21	46	27	4,8	10,2	6,1
<i>LDPR/Block Shirinowskij</i>	17	50	59	0	1	4	17	51	63	3,9	11,3	14,2
Volksdeputierte	-	-	-	-	-	-	57			12,9	-	-
Neue regionale Politik/ Russische Regionen/ Regionen Rußlands	-	0	-	-	0	67	41	42	67	9,3	9,3	15,1
APR <sup>8</sup> /Agrarier/ Landwirtschaft und Industrie	-	0	21	-	20	34	39	35	55	8,8	7,8	12,4
UHR <sup>9</sup>	0	45	-	-	10	-	-	55	-	-	12,2	-
Volksmacht	-	0	-	-	9	-	-	37	-	-	8,2	-
Fraktionslos	-	-	-	-	35	43	17	35	43	3,9	7,8	9,7

Die KPRF-Fraktion könnte rein rechnerisch 113 Abgeordnete umfassen, zählt aber nur 90 Abgeordnete, weil sie 23 – wahrscheinlich – an die Gruppe "Landwirtschaft und Industrie" abgegeben hat. Die Fraktionsstärke von 113 Abgeordneten würde 75,8% derjenigen von 1995 entsprechen, was einen Rückgang gegenüber 1995 um ein Viertel bedeutet. "Jabloko" muß eine Verringerung um 25 Abgeordnete hinnehmen, was eine Halbierung der Fraktion gegenüber 1995 bedeutet. Noch größer ist

<sup>3</sup> Kommersant Daily, 19.1.2000. RFE/RL Newslines, Vol. 4, No. 18, Part I, 26.1.2000, S. 3.

<sup>4</sup> Die unter "Insgesamt" angegebene Zahl muß nicht der Addition der Listen- und Direktmandate entsprechen, weil Fraktionen Mitglieder an andere Fraktionen "abgeben" können, weil nicht von einer Partei aufgestellte direkt gewählte Abgeordnete sich einer Fraktion anschließen können und weil auf einer Liste gewählte Abgeordnete oder von einer Partei aufgestellte Abgeordnete es ablehnen können, sich "ihrer" Fraktion anzuschließen. Sie bevorzugen es, fraktionslos zu bleiben. Schließlich können die Abgeordneten ihre Fraktionsentscheidung jederzeit ändern. Bei der Berechnung der Prozentzahlen wurden die 441 Abgeordneten gleich 100% gesetzt. Neun Abgeordnete müssen noch nachgewählt werden.

<sup>5</sup> Die Prozentzahlen sind auf die zur Zeit gewählten 441 Abgeordneten (= 100%) bezogen.

<sup>6</sup> VGR = "Vaterland – Ganz Rußland".

<sup>7</sup> URK = "Union rechter Kräfte".

<sup>8</sup> APR = "Agrarpartei Rußlands".

<sup>9</sup> UHR = "Unser Haus Rußland".

die Schrumpfung der LDPR-Fraktion um 34 Abgeordnete oder zwei Drittel. Zahlenmäßig praktisch unverändert blieben dagegen die Gruppen gegenüber 1995, sofern sie sich wieder gebildet bzw. unter ähnlichem Namen wieder formiert haben. Die Zahl der Abgeordneten, die fraktions- bzw. gruppenlos bleiben wollten, hat sich gegenüber 1995 von 35 auf 17 halbiert. Das ist Ausdruck einer stärkeren Fraktionen- bzw. Gruppenorientierung der Abgeordneten.

Bei der Abstimmung über den Staatsdumavorsitzenden (siehe unten) bildete sich folgende Abstimmungscoalition: KPRF, "Einheit", LDPR, "Landwirtschaft und Industrie" (KPRF-nah) und "Volksdeputierte" ("Einheit"-nah), die zusammen 64,6 % der Stimmen ausmachen. VGR, URK und "Jabloko" reagierten auf die Abstimmungscoalition mit der Bildung eines Koordinierungsrats, der einen Stimmenanteil von 22,3% hat. Interessanterweise geht die URK, die während des Wahlkampfes ebenfalls vom Kreml unterstützt wurde, wenn auch nicht in dem Maße wie "Einheit", nun zum amtierenden Präsidenten Wladimir Putin auf Konfrontationskurs. Am 9. Februar wollen die drei Fraktionen wieder an den Sitzungen der Staatsduma teilnehmen, wenn Putin bis dahin die Fragen gelöst hat, die der VGR-Fraktionsvorsitzende Jewgenij Primakow am 26. Januar bei seinem Treffen mit dem geschäftsführenden Präsidenten sowie der Leitung der Staatsduma aufgeworfen hat. Die Zweifel des Föderationsratsvorsitzenden Jegor Strojew an der Stabilität des Kräfteverhältnisses in der Staatsduma sind berechtigt. Er schließt nicht aus, daß es zu Spaltungen kommen wird, denn Bündnisse werden nur auf Zeit geschlossen.<sup>10</sup>

Die Abstimmungscoalition von KPRF, "Einheit", LDPR, "Landwirtschaft und Industrie" und "Volksdeputierte" war wahrscheinlich nur eine Ad-hoc-Absprache. Das würde bedeuten, daß der Kreml – gemeint sind der Präsident mit seiner Administration und die Regierung – bei anderen Abstimmungsinhalten pragmatisch eine andere Abstimmungscoalition eingehen könnte.

Auf der anderen Seite erklärte der kommunistische Staatsdumavorsitzende Selesnjow, daß die Ansichten von KPRF und "Einheit" in vielen Fragen übereinstimmen.<sup>11</sup> Sollte die Abstimmungscoalition wider Erwarten doch Bestand haben, so würde sie folgende Mehrheitsanforderungen erfüllen, die die Verfassung an die Staatsduma stellt: Für die Entscheidung, gegen den Präsidenten ein Impeachmentverfahren einzuleiten, genügt die Zustimmung von *einem Drittel* aller Abgeordneten (Art. 93, Abs. 2). Für die Verabschiedung von Beschlüssen und Gesetzen, die keine föderalen Verfassungsgesetze sind, genügt die *einfache Mehrheit* aller Abgeordneten. *Drei Fünftel* der Stimmen aller Abgeordneten sind zur Einberufung der Verfassungsversammlung notwendig, die über die Revision der Verfassung in ihren Kernbereichen (Kapitel 1 "Grundlagen der Verfassungsordnung", Kapitel 2 "Die Rechte und Freiheiten des Menschen und des Bürgers", Kapitel 9 "Verfassungsänderungen und Revision der Verfassung") zu entscheiden hat (Art. 135, Abs. 2). Wenn es der Abstimmungscoalition gelingt, einige fraktionslose Abgeordnete zu gewinnen, so erreicht sie die *Zwei-Drittel-Mehrheit*. Sie ist für die Verabschiedung von föderalen Verfassungsgesetzen (Art. 108, Abs. 2), zu denen auch Änderungen der Verfassung außerhalb ihrer Kernbereiche gehören, für das Überstimmen eines Präsidentenvetos (Art. 107, Abs. 3) und für die Anklageerhebung im Rahmen eines Impeachmentverfahrens gegen den Präsidenten (Art. 93, Abs. 2) erforderlich.

### Staatsdumavorsitzende

Die Staatsduma wählte – zur allgemeinen Überraschung, denn es wurde mit Jewgenij Primakow als neuem Vorsitzenden gerechnet – mit der oben skizzierten Abstimmungscoalition den bisherigen Amtsinhaber, das KPRF-Führungsmittglied Gennadij Selesnjow, zu ihrem neuen Vorsitzenden. Seine sechs Stellvertreter sind Mitglieder der übrigen Fraktionen und Gruppen. VGR, URK, "Jabloko" und "Regionen Rußlands" hatten es allerdings aus Protest gegen die vom Kreml eingefädeltete Absprache zwischen KPRF und "Einheit" abgelehnt, Kandidaten aus ihren eigenen Reihen zu benennen. Diese drei Fraktionen verließen die konstituierende Sitzung aus Protest gegen das aus ihrer Sicht

<sup>10</sup> Interfax, russ. 19.1.2000, zitiert nach: Deutsche Welle Monitor-Dienst Osteuropa, 20.1.2000, S. 3.

<sup>11</sup> Nezavisimaja gazeta, 22.1.2000.

undemokratische Vorgehen bei Wahl des Staatsdumavorsitzenden und weigern sich bis heute, an den Staatsdumasitzungen teilzunehmen. VGR besann sich jedoch inzwischen eines anderen und stellte einen Kandidaten für den Stellvertreterposten.

Das Erstaunliche an dieser Abstimmung ist, daß sich die neue Kreml-Partei "Einheit" mit den Kommunisten abspricht. Billigt Putin diese Absprache, enttäuscht er die Erwartungen, die in ihn als reformwilliger Politiker gesetzt werden, distanziert er sich von der gemeinsamen Abstimmung, erweist er sich als schwacher Politiker.<sup>12</sup> Diese Abstimmungscoalition schwächte die Position Putins im Parlament. Der Antagonismus Präsident – Parlament unter Jelzin hätte unter Putin weitgehend abgebaut werden können. Dies würde die Verabschiedung lange liegengeliebener wichtiger Gesetze wie des Gesetzes über das Privateigentum an Grund und Boden sowie des Steuergesetzbuches ermöglichen. Doch Putin brüskierte die ihm eigentlich nahestehende neue Reformgruppierung URK, von "Jabloko" ganz zu schweigen. Fraglich ist jetzt, ob Putin überhaupt einen Reformkurs steuern will. Zu erklären ist die Absprache zwischen dem Kreml und den Kommunisten letztlich wohl nur damit, daß Putin offensichtlich seines Wahlsiegs bei den Präsidentschaftswahlen nicht absolut sicher ist und daß er deshalb seinem Hauptgegner Primakow keine Verbesserung seiner Startposition im Rennen um das Präsidentenamt durch die Übernahme des Amts eines Staatsdumavorsitzenden erlauben wollte. Auf der anderen Seite schadete sich KPRF-Chef Gennadij Sjuganow durch diese Abstimmung selbst, denn in der Stichwahl um das Präsidentenamt dürfte er gegen Putin antreten.

Zur Ersten Stellvertretenden Staatsdumavorsitzenden wurde Ljubow Sliska (Listenabgeordnete von "Einheit", Jg. 1953, bisher in der Administration des Gebiets Saratow tätig) gewählt. Einfache Stellvertretende Vorsitzende wurden Wladimir Awertschenko (Direktabgeordneter, Mitglied der Gruppe "Volksdeputierte", Jg. 1950, bisher Stellvertretender Leiter der Administration des Gebiets Rostow), Pjotr Romanow (von der KPRF aufgestellter Direktabgeordneter, Jg. 1943, Sekretär des ZK der KPRF, Staatsdumaabgeordneter seit 1996), Gennadij Semigin (Listenabgeordneter der KPRF, aber Mitglied der Gruppe "Landwirtschaft und Industrie", Vorsitzender der Organisation "Zentrum für den Schutz der wirtschaftlichen und sozialen Rechte der Bürger") und der LDPR-Vorsitzende Wladimir Shirinowskij. Da letzterer in seiner neuen Funktion nicht zugleich die LPDR-Fraktion leiten kann, hat er mit dieser Aufgabe seinen Sohn Igor Lebedew betraut.<sup>13</sup> Als einziger Stellvertretender Vorsitzender wurde Artur Tschilingarow (Direktkandidat, jetzt VGR-Mitglied, Jg. 1939) wiedergewählt.

### **Komiteevorsitzende**

Die Staatsduma änderte die Bezeichnungen ihrer Komitees geringfügig. In der folgenden Tabelle 2<sup>14</sup> wurden die Namen der Komitees und die Fraktions-/Gruppenzugehörigkeit ihrer Vorsitzenden gegenübergestellt.

Vier Komitees reduzieren sich auf zwei: das Komitee für Arbeit und Sozialpolitik sowie das Komitee für Veteranenangelegenheiten auf das Komitee für Arbeit, Sozialpolitik und Veteranenangelegenheiten, das Komitee für Kultur und das Komitee für Tourismus und Sport auf das Komitee für Kultur und Tourismus. Ein Komitee wurde in zwei Komitees aufgeteilt: das Komitee für Haushalt, Steuern, Banken und Finanzen in das Komitee für Haushalt und Steuern sowie in das Komitee für Kreditorganisationen und Finanzmärkte. Das Komitee für Geopolitik wurde abgeschafft. Neu geschaffen wurde das Komitee für Staatsaufbau.

Die KPRF leitet neun Komitees (wie 1995), wobei sie allerdings den Vorsitz in den wichtigen Komitees für Gesetzgebung und für Sicherheit an UHR bzw. an "Einheit" abgeben mußte. Dafür leitet Anatolij Lukjanow (Putschist von 1991) jetzt das neue Komitee für Staatsaufbau. Der letzte GOSPLAN-Chef der UdSSR und Erste Stellvertretende Premier 1998/99, Jurij Masljukow, übernahm

---

<sup>12</sup> Markus Wehner, Der Pakt des Kreml mit seinen Feinden, den Kommunisten, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 20.1.2000.

<sup>13</sup> Interfax, russ., 19. und 20.1.2000, zitiert nach: Deutsche Welle Monitor-Dienst Osteuropa, 21.1.2000, S. 2 f.

<sup>14</sup> Erarbeitet nach: Segodnja, 20.1.2000.

den Vorsitz des Komitees für Industrie, Bauwesen und Hochtechnologie. Mitglieder der LDPR-Fraktion leiteten 1995 vier Komitees, hingegen 1999 nur noch ein Komitee (für Informationspolitik).

Tabelle 2: Komitees der Staatsduma

Name des Komitees 1999	Name des Komitees 1995	Fraktions-/Gruppenzugehörigkeit des Vorsitzenden 1999	Fraktions-/Gruppenzugehörigkeit des Vorsitzenden 1995
Agrarfragen	Agrarfragen	Landwirtschaft und Industrie	Agrarier
Angelegenheiten der Föderation und Regionalpolitik	Angelegenheiten der Föderation und Regionalpolitik	KPRF	KPRF
Angelegenheiten der Frauen, Familie und Jugend	Angelegenheiten der Frauen, Familie und Jugend	KPRF	KPRF
Angelegenheiten gesellschaftlicher Vereinigungen und religiöser Organisationen	Angelegenheiten gesellschaftlicher Vereinigungen und religiöser Organisationen	KPRF	KPRF
Angelegenheiten der GUS und Verbindungen zu den Landsleuten	Angelegenheiten der GUS und Verbindungen zu den Landsleuten	VGR	Volksmacht
Angelegenheiten der Nationalitäten	Angelegenheiten der Nationalitäten	Landwirtschaft und Industrie	UHR
Arbeit, Sozialpolitik und Veteranenangelegenheiten	Arbeit und Sozialpolitik	KPRF	LDPR
	Angelegenheiten der Veteranen		KPRF
Bildung und Wissenschaft	Bildung und Wissenschaft	KPRF	KPRF
Eigentum	Eigentum, Privatisierung und Wirtschaftstätigkeit	Einheit	UHR
Energiewirtschaft, Transport und Kommunikation	Industrie, Bauwesen, Verkehr und Energiewirtschaft	Einheit	LDPR
	Fragen der Geopolitik		LDPR
Fragen der örtlichen Selbstverwaltung	Fragen der örtlichen Selbstverwaltung	Einheit	UHR
Geschäftsordnung und Organisation der Staatsdumarbeit	Geschäftsordnung und Organisation der Staatsdumarbeit	Einheit	Agrarier
Gesetzgebung	Gesetzgebung, Gerichts- und Rechtsreform	URK	KPRF
Gesundheitswesen und Sport	Gesundheitswesen	Volksdeputierte	Russische Regionen
Haushalt und Steuern	Haushalt, Steuern,	Regionen Rußlands	Russische Regionen
Kreditorganisationen und Finanzmärkte	Banken und Finanzen	Volksdeputierte	
Industrie, Bauwesen, Hochtechnologie	Konversion und Hochtechnologien	KPRF	Volksmacht
Informationspolitik	Informationspolitik und Kommunikation	LDPR	LDPR
Internationale Angelegenheiten	Internationale Angelegenheiten	Volksdeputierte	Jabloko
Kultur und Tourismus	Kultur	KPRF	Volksmacht
	Tourismus und Sport		KPRF
Natürliche Ressourcen und deren Nutzung	Natürliche Ressourcen und deren Nutzung	Einheit	Jabloko
Ökologie	Ökologie	Einheit	Jabloko
Probleme des Nordens und des Fernen Ostens	Probleme des Nordens und des Fernen Ostens	Volksdeputierte	Jabloko
Sicherheit	Sicherheit	Einheit	KPRF
Staatsaufbau		KPRF	
Verteidigung	Verteidigung	Volksdeputierte	UHR
Wirtschaftspolitik und Unternehmertum	Wirtschaftspolitik	KPRF	KPRF

Die zweitgrößte Zahl an Komitees (7) leitet die Kreml-Fraktion "Einheit", darunter so wichtige wie die Komitees für Eigentum, für Energiewirtschaft und für Sicherheit. Auf Platz drei in der Zahl der

Komiteeleitungen rangieren die Abgeordneten der Gruppe "Volksdeputierte", die u.a. die bedeutenden Komitees für internationale Angelegenheiten und für Verteidigung leiten. Während "Jabloko" in der alten Staatsduma vier Komitees leitete, geht sie jetzt leer aus. Der "Jabloko"-Mitbegründer und ehemalige russische Botschafter in den USA, Wladimir Lukin, mußte den Vorsitz des Komitees für internationale Angelegenheiten an Dmitrij Rogosin, den Mitbegründer des "Kongresses russischer Gemeinden", abgeben. Den Vorsitz im Komitee für Verteidigung übernahm der ehemalige Direktor des Föderalen Grenzdienstes, Armeegeneral Andrej Nikolajew.

Eberhard Schneider

Die Meinungen, die in den vom BUNDESINSTITUT FÜR OSTWISSENSCHAFTLICHE UND INTERNATIONALE STUDIEN herausgegebenen Veröffentlichungen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

© 2000 by Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung – auch auszugsweise – nur mit Quellenangabe gestattet.

Belegexemplare erwünscht.

Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Lindenbornstr. 22, D-50823 Köln,

Telefon 0221/5747-0, Telefax 0221/5747-110; Internet: <http://www.biost.de>

E-mail: [administration@biost.de](mailto:administration@biost.de)

ISSN 0945-4071